

NZZ am Sonntag

Corona

Verzögerungen beim Impfen sind unverzeihlich

Das Coronavirus hat uns in eine Jahrhundertkrise gestürzt. Wir sind dazu verdammt, eine schwierige Güterabwägung vorzunehmen: zwischen dem Schutz von Menschenleben auf der einen Seite und wirtschaftlichen Existenzen auf der anderen. Dass sich die Krise nicht noch Jahre hinzieht, ist einzig einer Wunderwaffe zu verdanken, den Vakzinen. Diese sind nicht nur im Rekordtempo entwickelt worden, sondern weisen auch eine bemerkenswert hohe Schutzwirkung auf. Nur eine relativ kleine Gesellschaftsgruppe ist vom Virus akut bedroht. Können wir diese immunisieren, werden sich die Spitäler rasch leeren. Mit Leben füllen sich dann im Gegenzug Restaurants, Läden, Bibliotheken, Konzertsäle, Kinos und Fitnesscenter. Dieser elegante Ausweg aus dem grossen Dilemma veranlasst unsere Behörden doch sicher, Tag und Nacht darauf hinzuwirken, dass rasch mit dem Impfen begonnen werden kann - würde man meinen. Weit gefehlt. Verschiedene Kantone befinden sich immer noch in den Vorbereitungsarbeiten für eine Impfkampagne, die schon lange absehbar war. Namentlich das dafür nötige Anmelde-System - wir reden von Standard-Software - steht nicht überall bereit. Das ist unverzeihlich. Hätten die Behörden nur halb so hart gearbeitet wie die Vakzin-Hersteller, würde längst überall geimpft. *Markus Städeli*

Brexit

Die Briten sind draussen – ein trauriger Moment für Europa

Die Europaskeptiker sind derzeit freudig-aufgeregt wie Kinder am ersten Schultag: Nun geht es endlich los, das Abenteuer der Briten ausserhalb der bösen EU! Blühende Landschaften sind in Sicht! Und ein kraftstrotzendes Land, das in voller Souveränität seinen früheren Glanz zurückerobert! Nun: Warten wir erst einmal ab. Eine gute Woche nach Unterzeichnung des Brexit-Abkommens kann man beim besten Willen noch nicht absehen, ob die Briten zu alter Form auflaufen werden oder ob der Austritt aus der EU vielmehr der Auftakt zur Selbstdemontage einer einst grossen Macht ist. Fest steht aber: Der Brexit ist ein trauriger Tag für Europa. Denn bei aller Widerspenstigkeit waren die Briten innerhalb der EU doch eine stete Quelle der Inspiration. Sogar das Allerheiligste, der Binnenmarkt, war von den Briten geprägt. Die Aussicht auf einen riesigen europäischen Markt ohne Grenzen verzückte selbst Margaret Thatcher, die Ikone aller heutigen Europegegner. Dass ihre Nachfolger sich nun damit abmühen müssen, eine Art Gegenmodell zu konstruieren, ist eine Ironie der Geschichte und bringt letztlich eine unnötige Zersplitterung der Kräfte. Mit den Briten war die EU vielfältiger, bunter, stärker - europäischer. *Luzi Bernet*

Neue Verkehrsregeln

Rot heisst nicht immer rot

Das Verhältnis der Velofahrer zum Lichtsignal ist seit je ein lockeres. Zumindest sehen sie die Frage nach Rot oder Grün nicht schwarz-weiss. Mit den am 1. Januar in Kraft getretenen Verkehrsregeln wird es nicht einfacher. Diese erlauben es den Velofahrern, an einer roten Ampel rechts abzubiegen. Das gilt nicht überall, sondern nur an jenen Kreuzungen, die neu mit einem entsprechenden Schild gekennzeichnet sind. So werde der Verkehr flüssiger, hofft man. Doch zunächst sind Konflikte und gar Unfälle zu befürchten. Alle müssen sich umgewöhnen, auch die Fussgänger, die sich vor abbiegenden Velos in acht nehmen müssen. Für viele Radfahrer gibt es nun zwei Rotlichter: solche, die sie mit gutem, und solche, die sie mit schlechtem Gewissen überfahren. *Daniel Meier*

Chappatte



Der externe Standpunkt

So einfach und elegant lässt sich das Ständemehr fairer machen

Nach der Konzernverantwortungsinitiative steht das doppelte Mehr erneut in der Kritik. Zum Schutz von Minderheiten bleibt es wichtig, doch die Berechnung sollte geändert werden, **meint Claudio Kuster**

Die Konzernverantwortungsinitiative ist Ende November am Ständemehr gescheitert. Seit der Abstimmung werden wieder Stimmen laut, die dieses Institut reformieren oder gar abschaffen wollen. In einem Bundesstaat ist nebst dem Volksmehr ein zusätzliches leichtes Erschwernis für Verfassungsänderungen aber weiterhin opportun und gehört keinesfalls auf den «Müllhaufen der Geschichte». Doch auch die seit vielen Jahren von Politikerinnen und Politologen aufgeworfenen Vorschläge zur Anpassung des doppelten Mehrs überzeugen nicht: Einerseits laufen die Ideen letztlich darauf hinaus, dieses Mehrheitsanfordernis mehr oder weniger stark abzuschwächen. Andererseits würde dieses Update des Föderalismus zwangsläufig an ebendiesem scheitern: Die kleineren Kantone werden kaum Hand bieten, sich selbst zu entmachten, bedarf die nötige Anpassung doch einer Verfassungsänderung - und damit des geltenden Ständemehrs.

Doch warum soll eigentlich den Kantonen eine binäre Ständestimme zugeschrieben werden, also der Wert 1 den zustimmenden Ständen und der Wert 0 den ablehnenden? Es wäre zweckdienlicher, die Ständestimme jedes Kantons proportional zu seinen Ja- und Nein-Stimmen aufzuteilen: Nimmt also zum Beispiel der Kanton Jura eine Verfassungsnovelle mit 70 Prozent Ja-Stimmen an, so wird ihm eine Ständestimme von 0,7 zugeschrieben. Der Kanton Schwyz hingegen, der mit 80 Prozent Nein-Anteil ablehnt, erhält den Wert 0,2. Die 26 proportionalen Ständestimmen werden schliesslich wie gehabt aufsummiert, die Summe muss die absolute Mehrheit erreichen, also weiterhin den Wert 11,5 übersteigen (die Hälfte von 23; sechs Kantone haben eine halbe Ständestimme). Die Konzerninitiative hätte so 11,1 befürwortende zu 11,9 ablehnende Ständestimmen erhalten (anstatt 8,5 zu 14,5) - sie wäre also auch nach dieser Methode gescheitert.

Eine Revolution wäre diese exaktere Berechnung des Ständemehrs nicht. Doch

gerade dort, wo das bisherige doppelte Mehr nur knapp reüssierte oder scheiterte, wären breiter abgestützte Entscheide zu erwarten. Dies sei anhand jener zwei letzten Volksabstimmungen gezeigt, bei welchen das proportionale Ständemehr zu einem anderen Ergebnis geführt hätte. Zum einen wäre der Familienartikel am 3. März 2013 angenommen worden, nebst dem Volksmehr von 54 Prozent auch mit einem Ständemehr von 12,0 zu 11,0. Dies, weil die befürwortenden Kantone (wie Genf, Waadt und Jura) etwas stärker zustimmten, als ihn die refüsierenden ablehnten (so Appenzell Innerrhoden, Uri und Obwalden).

Zum anderen wäre am 11. März 2012 ein umgekehrter Fall eingetreten: Die bis heute umstrittene Zweitwohnungsinitiative wäre abgelehnt worden. Denn während die ablehnenden Kantone (allen voran Wallis, Uri und Obwalden) das Ansinnen deutlich verworfen, stimmten die befürwortenden Stände verhältnismässig lau zu. Das geltende

Ständemehr von 13,5 zu 9,5 wäre in ein knappes Nein von 11,3 zu 11,7 gekippt.

Seit 1848 wären insgesamt vier nationale Abstimmungen anders herausgekommen - und vielleicht besser akzeptiert worden. Nebst den erwähnten beiden Fällen wären der Bildungsartikel 1973 und die erleichterte Einbürgerung 1994 angenommen worden.

Im Gegensatz zu den zahlreichen bisher diskutierten Reformideen handelt es sich um ein neutrales Konzept: Es ist weder konservativ noch progressiv und würde weder kleinere noch grössere Kantone zusätzlich begünstigen. Während das Ständemehr akkurater abgebildet würde, wäre die Parität der Kantone nicht angetastet. Fortan hätten es die Kantone und Regionen aber wieder stärker in der Hand, mit Kanterniederlagen (bei den Zweitwohnungen vor allem in den Bergregionen) oder mit einer deutlichen Zustimmung (beim Familienartikel etwa in der Romandie, im Tessin und in den urbanen Gebieten) nicht nur das Volksmehr, sondern auch das Ständemehr zu beeinflussen.

Gegen diese Reform könnte eingewendet werden, die Kantone würden so nicht mehr als eine Einheit betrachtet, die bisher «ungeteilte Ständestimme» werde verletzt. Dem ist entgegenzuhalten, dass die starke Homogenität, wie sie in etlichen Kantonen noch in den Anfängen des Bundesstaates vorherrschte, weitgehend verschwunden ist. Zudem erscheint es doch gerade opportun, auch den Minderheiten der Minderheiten - etwa Appenzeller Grünen oder rechtskonservativen Jurassiers - eine minoritäre Stimme zu geben. Heute werden diese beim Erzielen des Ständemehrs gemäss dem Prinzip «The winner takes it all» einfach weggerundet. Ein Wechsel der Ständestimmen vom Majorz in den Proporz wäre eine relativ simple wie elegante Lösung. Das proportionale Ständemehr optimiert letztlich die beiden Maximen des Föderalismus - Gleichheit der Kantone - und des Demokratieprinzips - Gleichheit aller Stimmberechtigten - und gewänne damit an Legitimation zurück.

Claudio Kuster



Claudio Kuster, 40, ist Politikberater und Stiftungsrat der Stiftung für direkte Demokratie (Wecollect). Der Schaffhauser arbeitet als politischer Sekretär von Ständerat Thomas Minder, lanciert Volksinitiativen (unter anderem «gegen die Abzockerei») und schreibt für das Demokratie-Blog «Napoleon's Nightmare».